https://blz.li/4ad9

LeineBlitz
blitzschnell informiert

RATSGRUPPE UNTERSTÜTZT WERKVERTRAGSARBEITER IN DER FLEISCHBRANCHE

Veröffentlicht am 07.07.2020 um 11:58 von Redaktion LeineBlitz

Klare Kante in der aktuellen Diskussion um die Ausbeutung von Beschäftigten in der Fleischbranche zeigt die Gruppe SPD-Grüne-Linke-Faull-Scheibe im Rat der Stadt Laatzen.. Bundesweit gibt es mittlerweile Tausende von Corona-Fällen in Schlachtbetrieben, die durch eine Ausbeutung der Beschäftigten, die Konstruktion mit Werkverträgen und einer riskanten Unterbringung, teilweise in überfüllten Gemeinschaftsunterkünften entstanden sind.Die Ratsgruppe fordert sofortige Veränderungen gerade auch vor dem Hintergrund des Gleidinger Betriebs mit Werkvertragsbeschäftigten, die in unüberschaubaren Gemeinschaftsunterkünften im Laatzener Stadtgebiet untergebracht sind. Regina Asendorf (Grüne) fasst die Haltung der Ratsgruppe zusammen: "Wir fordern die politisch verantwortlichen Gremien auf Landes- und Bundesebene dazu auf, sich für die Rechte von Werkvertragsarbeiter in der Fleischbranche einzusetzen und das vom Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgeschlagene "Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft" zu unterstützen." Es gebe bereits gute Beispiele in der Fleischbranche, Firmen, die ihre soziale Verantwortung für die Mitarbeiter sehr ernst nehmen, keine Werkvertragsarbeiter mehr beschäftigen und alle Mitarbeiter fest angestellt haben. Gerade aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär unterstützt Michael Riedel (SPD) ausdrücklich diesen generellen Ansatz: "Seit Jahren häufen sich Berichte über skandalöse Zustände. Der Missbrauch von Werkverträgen muss endlich gesetzlich verboten werden. Das ist ein toller Ansatz vom Hubertus Heil."Diese Position hat die Ratsgruppe als Antrag für die Ratssitzung am 9. Juli eingereicht. "Das unmoralische Verhalten der Fleischindustrie wird vom gesamten Rat verurteilt, weil es in hohem Maße unsolidarisch ist," hofft Asendorf und fügt hinzu: "Wir erwarten jetzt vom Gleidinger Betrieb, den guten Beispielen zu folgen und die Beschäftigungsverhältnisse der Werkvertragsbeschäftigten zu beenden, alle bisher über Werkverträge Beschäftigten fest einzustellen."

Nicht alle Supermarktangebote werden unter unmoralischen Bedingungen produziert. Aber die Verbraucher sollten kritisch auswählen und verbesserte soziale Bedingungen in der Fleischbranche mit veränderten Preisen akzeptieren.